

Kontingente Fundierungen: Über Feminismus, Gender und die Zukunft der Geschlechterforschung in neo-reaktionären Zeiten

Hark, Sabine

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Hark, S. (2017). Kontingente Fundierungen: Über Feminismus, Gender und die Zukunft der Geschlechterforschung in neo-reaktionären Zeiten. *Soziopolis: Gesellschaft beobachten*. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-80522-8>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY Licence (Attribution). For more information see: <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0>

Sabine Hark | Essay | 04.11.2017

Kontingente Fundierungen

Über Feminismus, Gender und die Zukunft der Geschlechterforschung in neo-reaktionären Zeiten

Der Text ist die leicht überarbeitete Fassung der von Sabine Hark gehaltenen Keynote auf der ersten gemeinsamen Konferenz der Fachgesellschaft Geschlechterstudien e. V. (Deutschland), der Österreichischen Gesellschaft für Geschlechterforschung (ÖGGF) und der Schweizer Gesellschaft für Geschlechterforschung (SGGF), die vom 28.-30. September 2017 in Köln stattfand. Wir danken der Autorin für ihre freundliche Bereitschaft, uns den Text zur Publikation auf "Soziopolis" zu überlassen. - Die Red.

Gender – eine kühlere Betrachtungsweise?

Im April 2002 überschrieb die ZEIT im Ressort »Chancen« einen Artikel zu »Gender Studies« mit [»Männer, Frauen, Fantasien«](#). Berichtet wurde vom Aufschwung dieser »Fachrichtung« an deutschen Universitäten. Die Erleichterung darüber, dass im Zuge dieses Aufschwungs »das feministische Vokabular des Geschlechterkampfes allmählich einer kühleren Betrachtungsweise weicht«, konnte der Autor des Artikels, Daniel Wiese, kaum verhehlen, assoziierte er mit dieser »kühleren Betrachtungsweise« doch offenkundig Entspannung im Geschlechterkampf. Denn die nach seinem Dafürhalten damals »immer noch mächtigen feministischen Impulse« würden sich auf diese Weise bald ebenso verflüchtigen wie die von Wiese hinsichtlich der Stärkung der »verschwindenden männlichen Minderheit« als »erschwerend« angesehene Haltung mancher Professorin, »Gender Studies als eine Fortsetzung der Frauenforschung unter neuem Etikett« zu verstehen. Zudem würde diese »kühlere Betrachtungsweise« in den »Gender Studies« auch ein Niveau professioneller, mit den Regeln und Anforderungen der Wissenschaft und der Universität wie des Arbeitsmarktes kompatibler Reife versprechen.

Gender ist in dieser Lesart ein Begriff des *undoing feminism*, wie Angela McRobbie das genannt hat.¹ Denn Gender hat hier nicht nur die akademische Bühne betreten, sondern auch die Kulissen dramatisch neu geordnet: Statt heißem Geschlechterkampf kühle Drinks in der *all-inclusive* Gender-Lounge. Feminismus dagegen figuriert in Wieses Text als Emblem für einen manichäisch anmutenden Geschlechterkampf, in dem – in einer

eigentümlichen historischen Verkehrung – feministische Professorinnen Männern den Zugang zum Wissen verwehren. Vor allem aber lässt Wiese ihn in seiner Erzählung als aus der Zeit gefallenes Gespenst auftreten, das nicht einsehen will, dass es in der Gegenwart keinen Platz mehr hat – es sei denn um den Preis einer verzerrten Karikatur. Auf subtile, im selben Atemzug einerseits vermeintlich anerkennende, andererseits aber deutlich abwertende Art und Weise zollt Wiese »dem« Feminismus hier einerseits Tribut – er hat neue Möglichkeiten geschaffen, nicht zuletzt weil die »Gender Studies eigentlich aus der feministischen Frauenforschung« hervorgegangen sind – und verweist ihn andererseits zugleich des Feldes, das heißt in die Geschichte: Der Feminismus hatte seine Zeit, er hat seine Dienste getan und kann, ja *muss* jetzt, um einer besseren Zukunft willen, aufgegeben werden.

Wieses Artikel hätte vielleicht als *Petitesse*, die die Aufregung nicht lohnt, vernachlässigt werden können. Fünfzehn Jahre später müssen wir dagegen konstatieren, dass er nur der Auftakt zu einer seitdem nicht abreißen Serie antifeministischer Volten war. Denn entgegen der im Text in die Gender Studies gesetzten Hoffnung, diese würden ›uns‹ vom Feminismus erlösen, wurden diese in den folgenden Jahren selbst zum privilegierten Objekt des Hasses. Jedenfalls wird seitdem eine stetig lauter werdende und gesellschaftlichen Zuspruch findende, breite, neoreaktionäre Allianz im Geiste nicht müde, die Geschlechterforschung als »Gender-Wahn«, »anti-wissenschaftliche Ideologie« und groß angelegtes gesellschaftliches »Umerziehungsprogramm« zu diffamieren. Mit nationalautoritären Parteien wie der AfD in Deutschland oder der PiS in Polen hat diese zunächst sehr heterogene, unter anderen aus so genannten »Lebensschützern«, freikirchlichen Akteuren, ›besorgten‹ Eltern, völkischen Rechten und katholischen Würdenträgern zusammengesetzte Allianz mittlerweile ihren Weg in die europäischen Parlamente und Regierungen gefunden, wo sie die wissenschaftliche Legitimität der Gender Studies explizit angreifen.²

Im Kontext solch vehementer Anfeindung der Gender Studies seitens neoreaktionärer und nationalautoritärer Kräfte erscheint es daher dringlich, die Dynamik dieser sich bereits im eingangs zitierten ZEIT-Artikel abzeichnenden Entgegensetzung von Feminismus und Gender zu verstehen. Meine These an dieser Stelle ist, dass diese Entgegensetzung Teil der Regulierung des Wahrheitsraums Geschlecht ist, also dessen, was als wahres Wissen über Geschlecht gelten kann und was nicht. Strukturiert wird damit nicht nur der Möglichkeitsraum für die Gender Studies, sondern auch, welcher Feminismus innerhalb der Grenzen ›unserer‹ Gemeinschaften tolerierbar ist und welcher nicht, was über Geschlecht sagbar ist und was nicht. Die Rede etwa von der Unsinnigkeit des Feminismus,

von dessen Altbacken- und Rückwärtsgewandtheit, von seiner vorgeblichen Zensurwut; die Rede von seiner Beschränktheit für das Verständnis der gegenwärtigen Organisation des Geschlechterverhältnisses und der Geschlechterordnung, von seiner Unfähigkeit, eine Zukunft für Frauen *und* Männer zu entwerfen, seiner Lust- und Modefeindlichkeit, seiner Unwillig- oder Unfähigkeit, das Begehren und die Wünsche *heutiger* Frauen wahrzunehmen; die Rede davon, dass er zu sektiererisch, zu separatistisch, zu lesbisch – heute für manche zu *queer* – sei, zu banal und humorlos; die ständige öffentliche Wiederholung all dieser Stereotype wird so vor allem kenntlich als Instrument der Regulierung dessen, welche feministischen Ansichten und Haltungen in der Öffentlichkeit als ihrer Zeit »angemessen« gelten.

Neoreaktionäre Allianzen

Schauen wir uns die neo-autoritären beziehungsweise neo-reaktionären Bewegungen der letzten Jahre genauer an, zeigt sich europaweit ein vehementer, hasserfüllter Affekt gegen Politiken des Gender-Mainstreaming, gegen Gleichstellungspolitiken generell, gegen jegliche Form sexueller Aufklärung, gegen die Gender Studies. Die AfD hat sich deren Abschaffung explizit zum politischen Ziel gesetzt. Auch die CSU positioniert sich in ihrem Grundsatzprogramm, »Die Ordnung«, gegen die Gender Studies. Dass Gleichstellungspolitik und Gender Studies seitens autoritärer, neo-reaktionärer Kräfte in dieser Weise instrumentalisiert werden können, ist nicht zuletzt deshalb möglich, weil Frauenbewegungen im Grunde seit 1995, seit der Frauenrechtskonferenz in Peking, weltweit das Bündnis mit dem Staat gesucht haben, um die Rechte von Frauen und die Gleichstellung der Geschlechter durchzusetzen. Obwohl dieses Bündnis von Feminismus und Staat aus einer emanzipatorischen Perspektive auch kritisch reflektiert werden muss, gibt es doch an vielen Punkten keine Alternative dazu. Wollen wir aber die Dynamik neoreaktionärer Mobilisierung besser verstehen, müssen wir auch die Stimulierung dieses anti-staatlichen Affekts, die Mobilisierung gegen eine bestimmte Form des Regiert-werdens in den Blick nehmen. Es ist eine Revolte, die an die Vorstellung anknüpft – diese vielleicht auch erst erzeugt –, dass es Aufgabe des Staates sein sollte, die Interessen, die Moral und die Lebensführung der eigenen Gruppe, die als die einzig legitime angesehen wird, zu schützen. Doch genau dies, so die Behauptung, geschehe nicht. Stattdessen reiche das Establishment den Außenseitern, nicht den »eigenen Leuten« die Hand, gebe den Flüchtlingen günstigen Wohnraum und Sozialleistungen und mahne obendrein noch zu Rücksichtnahme. Kurzum: Das »System« habe sie verraten.

Die Topoi, auf die sich der Diskurs der neo-autoritären Bewegungen und Parteien dabei

wesentlich stützt, sind dabei die vorgebliche Bedrohung von Sicherheit und Ordnung, die Angst vor »Überfremdung« durch den Islam sowie die Forderung nach Begrenzung der Zuwanderung. Themen wie Modernisierungskritik, sexuelle Vielfalt, negative Migrationsfolgen und Islamkritik bilden die Plattform für Allianzen. Favorisiert werden kulturelle – und in der Folge auch rechtliche – Schließungen, durch die die Errungenschaften der jeweiligen Wir-Gruppe – der Nation, des Volkes, der Kernfamilie, des Christentums usw. – gegenüber Außenseitern verteidigt werden sollen. Die Welt wird in manichäischen Antagonismen gedeutet, in Gegensätzen zwischen Innen und Außen, die mit Differenzierungen zwischen dem Wertvollen und dem Wertlosen verbunden sind. Herausgefordert wird das staatliche Deutungsmonopol des Establishments, von dem behauptet wird, dass es von den liberalen Eliten, den »Genderfrauen« und den politisch korrekten Vertretern des »pädagogischen Establishments« gekapert worden sei.

Insbesondere die paranoide, islamophobe Rede ist dabei kein exklusives Kennzeichen neoautoritärer politischer Strömungen. Vielmehr schließt sie neben Teilen der liberalen bürgerlichen Öffentlichkeit auch Teile des Feminismus ein. Die Soziologin Sara Farris hat für diese Kollusion, also das (nicht immer) geheime Einverständnis zwischen xenophoben, nativistischen und rassistischen beziehungsweise islamfeindlichen Politiken einerseits und feministischen Positionen andererseits den Begriff des »Femonationalismus« vorgeschlagen.³ Farris hat hier vor allem die Versuche europäischer rechter und rechtspopulistischer Parteien im Blick, feministische Inhalte und Prinzipien für Kampagnen gegen Migration und den Islam zu vereinnahmen. Feministische Vorstellungen, so Farris, seien wiederholt von nationalistischen Parteien und neoliberalen Regierungen instrumentalisiert worden, um fremdenfeindliche und islamfeindliche Politiken zu unterfüttern, ohne dass Feministinnen deren politische Programmatik aktiv unterstützt hätten.

Der »aufgeklärte Fundamentalismus«, um einen Begriff der englischen Rechtsextremismusforscherin Liz Fekete aufzugreifen,⁴ des europäischen Rechtspopulismus, dessen Parteiprogramme europaweit freilich nicht unbedingt vom Geist der Aufklärung durchdrungen sind, zeigt sich aber nicht nur in den Instrumentalisierungen von Frauen, Lesben und Schwulen sowie »anderen Minderheiten« für xenophobe Politiken, sondern eben auch in einer bestimmten Kampfhaltung, die die toxische, rassistische Rede prägt. Gegenüber dem Feminismus ist die Frontstellung dabei eine doppelte – und widersprüchliche. Denn Feminismus wird in bestimmter Gestalt für die eigenen Zwecke vereinnahmt, um einerseits gegen Migration, Islam und Fremde zu agitieren, und um andererseits gegen bestimmte andere Feminismen und die Infragestellung hegemonialer

Geschlechter- und Sexualitätsnormen in den Kampf zu ziehen.

›Eigene‹, westliche Errungenschaften wie die annähernde juristische Gleichstellung der Geschlechter oder die Kriminalisierung sexualisierter Gewalt, aber auch die Konzepte von Zweigeschlechtlichkeit, Heterosexualität und Familie werden daher nicht nur gegen die äußeren, sondern auch gegen die inneren Feinde verteidigt. Nach innen gegen die sogenannten »Genderistas« und Queers, die angeblich den gewöhnlichen Menschen ihre Vorstellungen davon überstülpen wollen, wie Geschlecht und Sexualität gelebt werden sollen, und nach außen gegenüber denjenigen, die in kulturessenzialistischer Manier als unzivilisiert und rückschrittlich oder als unkontrollierbarer »Sex-Mob« oder als jeglicher Handlungsmacht beraubte »Kopftuchmäden« entworfen werden. Die Veränderung der vermeintlich »Fremden«, mit der Absicht, sie auf Distanz zu halten, ist also unmittelbar mit der Diffamierung sexueller und geschlechtlicher Minderheiten sowie feministisch Andersdenkender verknüpft. Die AfD und Pegida ziehen eben nicht nur gegen die »Islamisierung des Abendlandes« ins Feld, sondern auch gegen das, was sie selbst dessen »Genderisierung« nennen.

»Das wird man ja wohl noch sagen dürfen«

Femonationalismus ist also mehr als die Kollusion nativistischer und feministischer Positionen. Er schließt auch eine spezifische, in sich durchaus heterogene und dynamische Reartikulation von Feminismus ein.⁵ Diese ist wesentlich naturalistisch, familialistisch oder religiös – das heißt hier in der Regel: christlich – begründet und reklamiert für sich, näher am gesunden Menschenverstand, an der alltäglichen Praxis und Erfahrung von Frauen und Männern zu sein als die von Kelle, Kuby und Co. gebrandmarkte »Gender-Ideologie«, die, so das stetig genährte Phantasma, in Berkeley ersonnen, an deutschen Hochschulen und Universitäten gelehrt und in Brüssel umgesetzt werde und die Regeln setze.

Die für reaktionäre Politiken zentrale Mobilisierung eines manichäischen Wir/Sie-Gegensatzes zwischen ›dem‹ Volk und ›dem‹ Establishment spielt sich also wesentlich auf dem Terrain von Gender und Sexualität ab, wenn es heißt, das Brüsseler Gender-Diktat betreibe die totalitäre »[Umerziehung zum sexualisierten Gender-Menschen](#)«. Und das nicht von ungefähr. Wie Irene Dölling gezeigt hat,⁶ gehört die Produktion vielfältiger, sich beständig modernisierender Deutungen von Geschlechtlichkeit seit jeher zu den kulturellen Techniken, mit denen der gesunde Menschenverstand, der ja nicht einfach *da* ist, generiert wird. Besonders die miteinander verschränkten, hegemonialen Geschlechter- und heteronormativen Familiendiskurse der Moderne sind Dölling zufolge hierfür besonders

funktional. Denn sie stellen »eine die Individuen und ihre unmittelbaren Beziehungen direkt ansprechende Form des Verhandeln über die Gesellschaft, ihr Selbstverständnis, die Legitimierung von In- und Exklusionen und von Ungleichheiten« dar.⁷ Genau hier dockt nun der Feminismus von Birgit Kelle und Marine Le Pen, von Gabriele Kuby und Frauke Petry an. Wesentlich für diesen ist, dass er sich im Unterschied zu den historischen Vorläufern des Anti-Feminismus in erster Linie eben nicht als generelle Anfechtung von Feminismus und der Idee der Gleichheit präsentiert. Kelle und Kuby, Petry und Le Pen inszenieren sich als Feministinnen, nicht als Anti-Feministinnen; sie inszenieren sich gar als die Einzigen, die noch die Gleichstellungserfolge der Aufklärung gegen das heraufziehende islamische Mittelalter verteidigen. Ihre Argumentation lautet daher in der Regel nicht, dass Frauen nicht gleich an Rechten sein können oder sollen, weil sie von Natur aus verschieden sind. Vielmehr wird von ihnen behauptet, Frauen und Männer seien gleich an Rechten und dennoch von Natur aus grundsätzlich, wesenhaft, offensichtlich ontologisch verschieden. Und genau dieser ontologisch verbürgten Differenz müsse der Feminismus Rechnung tragen. Statt gegen den Feminismus – und das kann in der Tat als historisches Novum betrachtet werden – mobilisieren sie daher gegen ein akademisches Konzept: Gender. An die Stelle anti-feministischen Ressentiments tritt die Beschwörung einer Dystopie staatlich verordneter, geschlechtsindifferenter Gleichmacherei, die, so Volker Zastrow, Leiter des Politikressorts der *Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung*, schon 2006 in einem Artikel, der »Empfindung der meisten Menschen, den Religionen und naturwissenschaftlicher Forschung« widerspreche und gegen die es sich daher legitimer Weise aufzulehnen gälte.⁸

Was sich bei Zastrow bereits abzeichnet, ist der Versuch, »Gender« als Begriff der Kritik, als analytische Kategorie zu etablieren, als eine Kategorie, die Zusammenhänge zwischen vorgeblich Unzusammenhängendem stiftet und gesellschaftliche Machtverhältnisse aufschließt – und damit die radikale Umgestaltung des Wahrheitsraums Geschlecht, der über mehr als zwei Jahrhunderte, seit Beginn der modernen Wissenschaft, an der Naturalisierung von Geschlecht ausgerichtet war, zurückzudrängen. Allerdings kann die Antwort darauf, dass Gender andere als beispielsweise die feministisch intendierten Aneignungen erfährt, ja sogar zu einer Kategorie reaktionärer Analyse und Politik wird, weder Anlass zum Rückzug noch Grund für die Immunisierung oder Befestigung unserer analytischen Werkzeuge sein, sondern nur Ansporn für die fortwährende – und mühevoll – Arbeit der Dekonstruktion jeglicher Rekonstruktion und Reklamation der Kategorie »Geschlecht«. Und dazu gehört gegenwärtig zwingend, die Indienstnahme von Gender für die Generierung antidemokratischer Wir/Sie-Unterscheidungen zu verstehen. Denn das Paradox, dass ausgerechnet das Gender-Konzept, das vielleicht wie wenige andere für eine

– zutiefst demokratische – Haltung reflexiver Kontingenz steht, in Anschlag gebracht werden soll für die Inszenierung einer affektiv aufgeladenen und zunehmend rassistisch skandierten Opposition zwischen ›dem Volk‹ und ›dem Establishment‹, scheint mir gegenwärtig symptomatisch zu sein für weit über das Feld der Gender Studies hinausweisende Dynamiken im politischen und gesellschaftlichen Raum.

Endnoten

1. Vgl. Angela McRobbie, Top Girls. Feminismus und der Aufstieg des neoliberalen Geschlechterregimes, übers. v. Carola Pohlen, Katharina Voß u. Michael Wachholz, 2. Aufl., Wiesbaden 2016.
2. Siehe hierzu auch Sabine Hark / Paula-Irene Villa (Hg.), Anti-Genderismus. Sexualität und Geschlecht als Schauplätze aktueller politischer Auseinandersetzungen, 2. Aufl., Bielefeld 2017.
3. Vgl. Sara R. Farris, Die politische Ökonomie des Femonationalismus, in: Feministische Studien 29 (2011), 2, S. 321–334.
4. Liz Fekete, Aufgeklärter Fundamentalismus? Einwanderung, Islam und andere Kulturdelikte, in: Der.Wisch. Zeitschrift für Viel.Seitige 5 (2008), S. 5–26.
5. Für eine ausführliche Diskussion dieser Reartikulation siehe Sabine Hark/Paula-Irene Villa, Unterscheiden und herrschen. Ein Essay zu den ambivalenten Verflechtungen von Rassismus, Sexismus und Feminismus in der Gegenwart, Bielefeld 2017.
6. Irene Dölling, »Eva-Prinzip«? »Neuer Feminismus«? Aktuelle Verschiebungen in Geschlechterbildern im Kontext gesellschaftlicher Umbruchsprozesse, in: Marburger Gender-Kolleg (Hg.), Geschlecht Macht Arbeit. Interdisziplinäre Perspektiven und politische Intervention, Münster 2008, 24–41.
7. Dölling 2008, 24.
8. Volker Zastrow, [„Gender Mainstreaming“: Politische Geschlechtsumwandlung](#), in: Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 20.06.2006.

Sabine Hark

Sabine Hark ist Professor*in für Geschlechterforschung an der Technischen Universität Berlin und leitet dort das Zentrum für Interdisziplinäre Frauen- und Geschlechterforschung (ZIFG). Aktuelle Publikation: Gemeinschaft der Ungewählten. Umriss eines politischen Ethos der Kohabitation, Berlin 2021.

Dieser Beitrag wurde redaktionell betreut von Imke Schmincke, Tanja Carstensen.

Artikel auf soziopolis.de:

<https://www.sozopolis.de/kontingente-fundierungen.html>